

## Rechtsherum in der Rechtschreibung der FAZ

Der Millenniumsbetrieb hat in der *Frankfurter Allgemeinen* einen schwindelerregenden Kurswechsel im Feuilleton gebracht, ein »schlangenhaftes Abstreifen der alten Diskurshaut« (Ulrich Raulff): Die geistige Kompensation der Modernisierungsschäden wich der anfeuernden Begleitmusik kapitalistischer Modernisierung. »Alles Neue ist besser als alles Alte«, dieser Satz, den Brecht in seiner amerikanistischen Phase ausprobierte, ist zur Devise des FAZ-Feuilletons geworden. Die Durchkapitalisierung des Internet (um sie wird es in der nächsten *Argument-Nummer* gehen) und der Gentechnologie wird als neue Gründerzeit gefeiert. Endlich soll das anlagesuchende Kapital dort finden, was es sucht. Seine Heldenataten sollen ihre Helden sagen erhalten. Frank Schirrmacher, der fürs Feuilleton — bzw., wie es ihm im Gespräch mit dem *Spiegel* (Nr. 24, 2000, 108) herausgerutscht ist: das »ehemalige Kulturregion« — zuständige Mitherausgeber der FAZ, peitscht Tempo und Laune an, während der letzte Konservative vom Dienst, Konrad Adam, wie ein Ritter von der traurigen Gestalt über »Wissen, das kein Glück bringt« (10.6.00, Wochenendbeilage, I) nachsinnt und ausgewählte Einzelstücke vom Trümmerhaufen der Fortschrittsopfer betrauert. Wäre da nicht das alte Schriftbild, die gute alte FAZ wäre kaum wiederzuerkennen. Ihre Seiten hallen wider von *high-tech*-kapitalistischer Revolution (bei gesellschaftspolitischer Gegenrevolution). Das zielt auf frischgebackene Börsenspekulanten, Internetsurfer und Zukunftsindustrielle. Doch was ist mit den verstörten Konservativen, den traditionellen Intellektuellen mit humanistischer Bildung, den Deutschnationalen oder einfach den über Fünfunddreißigjährigen, die in der Neuen Wunderwirtschaft kaum eine Chance haben? Was werden all diejenigen dazu sagen, die an der alten Ökonomie von Geld, Macht und Sinn hängen und von ihr zehren? Werden sie abspringen?

In diesem Zielkonflikt, Organ der neoliberalen Revolution zu werden, ohne die Nationalliberalen und Konservativen zu verlieren, war eine Symbolhandlung gefragt. Sie durfte nicht viel kosten und musste geeignet sein, den wertkonservativen Schein zu wahren. Die Wiederaufnahme des Kampfes gegen die Rechtschreibreform war die Lösung. Man musste den rücksichtslosen Fortschritt nur rücksichtlich forschreiben.

Erinnern wir uns: Mitte der neunziger Jahre hatte die FAZ es geschafft, im Kampf gegen die Reform hegemonial zu werden, eine Volksfront von rechts zu bilden, in die sich intellektuelle Kritiker von ganz links bis ganz rechts einreihen und einer rechtspopulistisch aufgestachelten Bewegung zu geistigem Profil verhalfen. Eines der Hauptargumente der Reformgegner, dem sich das niedersächsische und das sächsische Oberverwaltungsgericht anschlossen, bestritt dem Staat das Regulationsrecht: »Die Sprache gehört dem Volk.« Dahinter wirkten weniger demokratische als mit neoliberaler Mark tideologie amalgamierte konservativ-historistische Auffassungen. Die beiden Gerichte befanden, »dass der Staat mit den neuen Regeln nicht die natürlichen Wandlungen der Schriftsprache begleite, sondern einschneidende Veränderungen vornehme« (vgl. Katharina Gelinsky, »Ist die

Reform unzulässige Sprachbeeinflussung?«, FAZ, 8.5.98, 16). Den »natürlichen« Wandlungen der Schriftsprache« Normcharakter zuzugestehen, behandelt Sprache nach dem Marktparadigma, wie ja auch das neoliberale Dogma alles verbietet — von Hayek will es selbst den parlamentarischen Volksvertretungen untersagen —, was ins vermeintlich »natürliche« Marktgeschehen eingreift.

Nicht *ob*, sondern *wie* zu reformieren war, musste gefragt werden. In der Rechtschreibreform überlagern sich heterogene Motive: Zu schreiben, wie man spricht (etwa ß nach langen, ss nach kurzen Vokalen), ist die goldene Regel aller Sprachreformer; die Orientierung der Derivat- an den Stammwörtern (Potenz, potenziell) oder die Kleinschreibung aller Adjektive (auch der von Namen abgeleiteten) folgt dem Gebot rationaler Kohärenz. Anders ist es mit der verordneten Aufspaltung zusammen gesetzter Verben (wohl meinend statt wohlmeinend): dieser Eingriff, der die deutsche Sprache den technischen Bedingungen der Globalisierung (Computerlesbarkeit, Übersetzungsprogramme) anpassen soll, stellt einen Eingriff in ihre Ökonomie des Sinns dar und vernichtet einen Teil ihres Nuancenreichtums. Unsinnige Beispiele von Getrenntschreibung bestückten folglich das Arsenal der Antireform rhetorik.

Zurück zur FAZ: Im Juli 1998, als das Bundesverfassungsgericht die Klage gegen die Reform zurückgewiesen hatte, gab die FAZ, gerade noch Bannerträgerin der Reformgegner, kleinlaut bei. Kurt Reumann wand sich im Leitartikel, Konrad Adam lobte im Feuilleton, dass »Abweichungen und Varianten« künftig zu dulden seien und Konrad Dudens Empfehlung, *Schreibe, wie du sprichst*, dem Ziel näher gekommen sei. Statt nun aber die Möglichkeit von »Abweichungen und Varianten« sinnhaft zu nutzen, schaltete man auf mechanische (qua computerisiertes Rechtschreibprogramm) Befolgung der Reform um. Die FAZ hatte die Macht, aber nicht den Geist für einen sprachgestaltenden Eingriff, der den Unterschied zwischen Vernunft und Unsinn zu machen wagte.

Inzwischen zum revolutionären Organ eines skrupellosen Hochfeierns der »neuen Ökonomie« geworden, schaltete die FAZ im Sommer 2000 ebenso ruckartig wieder zurück ins alte Programm (die Software war ja noch da). Und wie im schwäbischen Witz der Bauer den Pferdekarren an einer bestimmten Stelle bremst, obwohl es bergauf geht — nur weil der Vater und vor ihm der Großvater an derselben Stelle gebremst haben, so wird nun wieder der Unterschied zwischen dem harten Muss und dem weichen Muß kassiert, und die Potenz muss impotent hinnehmen, dass ihr Abkömmling wieder potentiell geschrieben wird. Eine historische Knute ist für gewisse Konservative immer schon eine gute Knute gewesen, und die Herausgeber mögen sich gedacht haben, dass in einer Zeit, da der letzte russische Zar heiliggesprochen wird, auch die alte Schreibung wieder geheiligt werden könne.

Die Rückschaltung der FAZ wird im Ganzen folgenlos bleiben; Kultusministerkonferenz und Lehrergewerkschaft haben sie alsbald mit Beharren auf der Reform beantwortet. Aber eine heilsame Folge mag sie indirekt haben: Der abstrakte Gegensatz von Alt und Neu hält den Spielraum für gestaltende Eingriffe aus der Zivilgesellschaft offen. Die vernünftig nachvollziehbaren Reformen werden befolgt, die unsinnigen beiseite gelassen. Was nach all den Stürmen herauszukommen scheint, ist mehr oder weniger die Lösung, die in dieser Zeitschrift und den mit ihr verbundenen editorischen Projekten vor Jahren eingeführt worden ist.